Ltd. KVD Liermann erklärte einleitend, mit dem TOP werde einer Bitte der GRÜNE-Kreistagsfraktion aus der 6. Sitzung des Ausschusses nachgekommen. Danach fasste er die wesentlichen Punkte aus der Vorlage der Verwaltung zusammen.

Abg. Deussen-Dopstadt dankte der Verwaltung für ihre detaillierten Ausführungen in der Vorlage. Sie veranschaulichte, dass es auch wichtig sei, eine Heimunterbringung von Pflegebedürftigen nicht generell zu verteufeln, sondern stattdessen als im Einzelfall notwendige und positive Option zu begreifen.

Abg. Eichner empfahl, die Anregungen der Verwaltung zur Stärkung der häuslichen Versorgung aufzugreifen und sie in der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege (KKAP) zu thematisieren. Darüber hinaus halte er die Einrichtung eines Arbeitskreises der KKAP, der sich mit speziellen kultursensiblen Angeboten für pflegebedürftige Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigen sollte, für angezeigt.

SkE Klippel gab zu bedenken, dass hinsichtlich des Pflegeangebotes im stationären Bereich das gesamte System sehr fragil sei. Dies zeige sich insbesondere bei den eingestreuten Kurzzeitpflegeplätzen. Diese stünden nicht mehr zur Verfügung, sobald die Einrichtung alle Langzeitpflegeplätze belegt habe. Zusätzlich verringere sich die Zahl der eingestreuten Kurzzeitpflegeplätze, wenn der Landesgesetzgeber sein Vorhaben, die Zahl der stationären Pflegeplätze insgesamt zu reduzieren, jetzt umsetze.

Abg. Mazur-Flöer schloss sich den Äußerungen der Abg. Deussen-Dopstadt an und berichtete, nach ihren beruflichen Erfahrungen als Betreuerin sei es für manche pflegebedürftige Menschen positiv, wenn sie aus dem häuslichen Umfeld herausgelöst würden. Sie setze daher große Hoffnungen in die Pflegereform 2017.

Abg. Hurnik sprach die Möglichkeiten für barrierefreies Wohnen für Senioren und Pflegebedürftige an. Er bat die Verwaltung darzustellen, ob es konkrete Überlegungen gebe, solche Wohnmöglichkeiten zu schaffen und wies darauf hin, dass die Rheinische Beamtenbau wieder verstärkt in den Wohnungsbau investieren werde.

Auf die Nachfragen des SkE Klippel und der Abg. Mazur-Flöer zu gesetzlichen Änderungen bei den Zuständigkeiten des Medizinischen Dienstes der Pflegekasse, welche das Case-Management im Grunde überflüssig machten, antwortete Ltd. KVD Liermann, solche Gesetzesänderungen seien ihm derzeit nicht bekannt. Dass mit dem Pflegestärkungsgesetz II, welches an das SGB XI anknüpfe, Regelungen mit unmittelbarer Wirkung für das SGB XII getroffen würden, halte er für sehr unwahrscheinlich.

Die Aufgabe, die Wohnversorgung von Senioren und Pflegebedürftigen in barrierefreien Wohnungen und in neuen Wohnformen des gemeinschaftlichen Wohnens auszubauen, könne nicht allein von der Verwaltung gelöst werden. Hieran müssten viele Akteure, beispielsweise die Wohnungsbaugenossenschaften, Ehrenamtliche, die Arbeitsagentur in Bezug auf benötigte Fachkräfte und nicht zuletzt auch die Politik, mitwirken. Die Pflegeplanung sei daher auch immer wieder Thema des Ausschusses. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass auch aus der kürzlich eingerichteten Kommunalen Konferenz Alter und Pflege im RSK neue Impulse kommen könnten.